

Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr:	VO/2016/0020-R1
Federführend: Referat 1	Status:	öffentlich
Beteiligt:	Aktenzeichen:	
	Datum:	11.01.2016
	Referent:	Hinterstein Christian
Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Bamberg		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.01.2016	Konversionssenat	Kenntnisnahme

I. Sitzungsvortrag:

Sachstandsbericht

In den bisherigen Sitzungen des Konversionssenates wurde über den möglichen Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) in Bamberg berichtet. Zuletzt wurde das durch die Stadt Bamberg für die geplante Neuerrichtung vorgeschlagene Grundstück im Bereich Schießplatz / MUNA durch den Freistaat Bayern, insbesondere im Hinblick auf das Thema anstehendes Grundwasser, untersucht.

Geprüft wurden insbesondere das Thema Grundwasserstand sowie Kampfmittel bzw. Kampfstoffe und Altlasten. Eine Nutzung des Areals Schießplatz / MUNA wird vom Freistaat Bayern nun nicht mehr in Betracht gezogen werden, es sei denn, die Stadt Bamberg übernehme evtl. anfallende Mehrkosten und diesbezügliche Risiken. Dieses Ergebnis wurde der Stadt Bamberg mit Schreiben vom 08.11.2015 (Anlage 1) mitgeteilt.

Es wurde weiterhin um Prüfung gebeten, ob dem Freistaat Bayern für den Neubau einer JVA ein anderes, im Hinblick auf die genannten Kriterien besser geeignetes Grundstück durch die Stadt Bamberg angeboten werden kann. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass nunmehr von einem Grundflächenbedarf von etwa sechs Hektar auszugehen sei. Gemeinsam mit Vertretern des Immobilienmanagements sowie des Baureferates wurde die Situation im Hinblick auf die Verfügbarkeit geeigneter Flächen im Stadtgebiet erneut überprüft. Hinzuweisen ist darauf, dass sich infolge des verkleinerten Flächenbedarfs (ursprünglich wurde von zehn Hektar ausgegangen) im Hinblick auf die sonstigen durch den Freistaat Bayern genannten Kriterien, wie die relative Wohngebietsferne sowie die gute Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz, sich keine Änderungen ergeben haben: Aus Sicht der Verwaltung ist im Stadtgebiet Bamberg eine geeignete Alternativfläche nicht verfügbar.

Dieses Ergebnis wurde gemeinsam mit dem Leiter der Bamberger Justizvollzugsanstalt, Herrn Verwaltungsdirektor Mann, persönlich erörtert. Herr Mann berichtete vereinbarungsgemäß dem Bayerischen Justizministerium. Der Oberbürgermeister kündigte Herrn Mann gegenüber an, dass er den Kontakt zum Landrat des Landkreises Bamberg herstellen wolle mit dem Ziel, innerhalb der Region Bamberg einen anderen Standort für einen JVA-Neubau zu suchen. Angesichts der in Aussicht gestellten Arbeitsplätze vertritt der Oberbürgermeister die Auffassung, dass alles versucht werden sollte, um das Projekt in der Region zu verwirklichen.

Mit Schreiben vom 22.12.2015 (Anlage 2) informierte Herr Justizminister Prof. Dr. Bausback die Stadt Bamberg darüber, dass sich das Justizministerium nun schriftlich an den Landkreis Bamberg gewandt habe. Das entsprechende Schreiben lag als Anlage bei. Der Landkreis wurde um Unterstützung bei der Standortsuche gebeten.

Nach der Anregung des Oberbürgermeisters hat der Landrat mittlerweile Kontakt mit einigen Bürgermeistern aufgenommen, um einen möglichen Standort im Landkreis zu definieren. Ergebnisse liegen der Stadt Bamberg bislang nicht vor.

Die Verwaltung wird über den weiteren Fortgang informieren.

II. Beschlussvorschlag:

Der Konversionssenat nimmt den Sitzungsvortrag zur Kenntnis.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage/n:

- Schreiben des Justizministeriums vom 08.11.2015 (Anlage 1)
- Schreiben des Justizministeriums vom 22.12.2015 (Anlage 2)



Bayerisches Staatsministerium der Justiz • 80097 München

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bamberg
Herrn Andreas Starke
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg

Eingang Stadt Bamberg
Sekretariat OR
17. Nov. 2015

Sachbearbeiter
Herr Sauter

Telefon
(089) 5597-3617

Telefax
(0180) 1000965-00017
3,9 ct/min zzgl. gesetzl. USt.

E-Mail
Karl.Sauter@stmj.bayern.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
F2 - 5310 E - VII a - 1212/2013

Datum
8. November 2015

Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Bamberg Standort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei der gemeinsamen Besichtigung des Standortvorschlags „Schießplatz“ mit Herrn Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback am 13. Juli 2015 wurde die Notwendigkeit für eine Boden- und Baugrunduntersuchung deutlich. Das Staatliche Bauamt Bamberg hat deshalb im Anschluss an den genannten Ortstermin ein entsprechendes Gutachten unter Einbeziehung des Standortvorschlags "Munitionsanstalt (Muna)" in Auftrag gegeben. Dieses liegt nunmehr vor.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass für beide Standorte die Baugrundprägenden Parameter weitgehend gleich gelagert sind und daher keine eindeutige Baugrund bedingte Präferenz für ein Grundstück vorherrscht.

Hinsichtlich des Grundwasserstands ist davon auszugehen, dass während niederschlagsreicher Perioden erfahrungsgemäß mit einem flächig ausgebildeten, hohen Grund- und Schichtwasserspiegel zu rechnen ist. Die vorgesehenen, vollständig

unterkellerten Gebäude liegen unter dem anzusetzenden Bemessungswasserstand. Somit müssen Sonderkosten für die Wasserhaltung (z. B. wasserdruckhaltender Verbau) sowie Abdichtungen gegen drückendes Wasser und ggf. eine Auftriebssicherung eingeplant werden.

Bei beiden Standortvorschlägen besteht grundsätzlich der Verdacht auf unsystematisch vergrabene Kampfmittel bzw. Kampfstoffe. Obwohl die Vorgabe der altlasten- und kampfmittelfreien Übergabe seitens des Bundes besteht, muss insoweit ein nicht unbeträchtliches Risiko bei der Projektverwirklichung in zeitlicher Hinsicht angenommen werden.

Die Problemfelder Naturschutz und Umweltverträglichkeit waren zwar nicht Bestandteil der Untersuchung, werden aber voraussichtlich im Rahmen der von der Stadt Bamberg vorzunehmenden Bauleitplanung weitere Sonderkosten, Diskussionen, Einwendungen und zeitliche Verzögerungen auslösen.

Da der Freistaat Bayern nur ein altlastenfreies und baureifes Grundstück erwerben wird, ist vor dem Erwerb eines der derzeit angebotenen Grundstücke jedenfalls mit erheblichen Zeitverzögerungen zu rechnen. Diese sind in Anbetracht der baulichen Situation in der alten Justizvollzugsanstalt aus hiesiger Sicht kaum hinnehmbar und dürften im Hinblick auf die geplante künftige Nutzung des derzeitigen Anstaltsgeländes auch nicht im Interesse der Stadt Bamberg liegen.

Schließlich sind aufgrund des zeitweise hohen Grundwasserstandes bauliche Mehraufwendungen notwendig, welche der Justizvollzug nicht tragen wird. Diese Auffassung hat Herr Staatsminister bereits beim Ortstermin deutlich zum Ausdruck gebracht. Insoweit ist entweder eine Übernahme der Sonderkosten durch die Stadt Bamberg oder die Bereitstellung eines weniger gefährdeten Grundstücks notwendig.

Bedauerlicherweise muss ich Ihnen deshalb mitteilen, dass aus unserer Sicht beide Standortvorschläge mit erheblichen zeitlichen und finanziellen Risiken behaftet sind. Deshalb wird um Prüfung gebeten, ob dem Freistaat Bayern ein im Hinblick auf die genannten Risiken besser geeignetes Grundstück für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Stadtgebiet Bamberg angeboten werden kann. Die künftige Belegungsfähigkeit für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg wurde der aktualisierten, landesweiten vollzuglich-baulichen Entwicklungsplanung ange-

passt, sodass nunmehr von einem geringeren Grundflächenbedarf von etwa **6 ha** ausgegangen werden kann.

Ich bitte um Verständnis für diese Einschätzung und sehe Ihren Vorschlägen mit großem Interesse entgegen.

Frau Staatsministerin Melanie Huml, MdL, und Herr Abgeordneter Heinrich Rudrof, MdL, haben jeweils einen Abdruck dieses Schreibens erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized first name and a last name with a long horizontal stroke.

Eisenhuth

Oberstaatsanwalt



Bayerisches Staatsministerium der Justiz • 80097 München

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bamberg
Herrn Andreas Starke
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg

Empfangsstempel Bamberg
19. Dez. 2015
Handwritten initials: OB, An, 1

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
F2 - 5310 E - VII a - 1212/2013

Datum
22. Dezember 2015

Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg Standortsuche

Mit 1 Anlage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Starke,

angefügt übersende ich einen Abdruck meines Schreibens vom heutigen Tag an den Landrat des Landkreises Bamberg betreffend die Standortsuche für den Ersatzneubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg zur Kenntnisnahme.

Wie Sie wissen, ist die Suche nach einem neuen Standort für die Justizvollzugsanstalt Bamberg auf dem Gebiet der Stadt Bamberg bisher leider ergebnislos verlaufen. Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Bamberg hat mir im Anschluss an eine gemeinsame Besprechung in Übereinstimmung mit Ihnen mitgeteilt, dass innerhalb des Gebiets der Stadt Bamberg kein geeignetes Grundstück für den Bau einer Justizvollzugsanstalt zur Verfügung steht. Es wird vorgeschlagen, einen geeigneten Standort im Landkreis Bamberg zu suchen. Auch wenn ich bedauere, dass auf dem Gebiet der Stadt Bamberg bisher kein passender Standort gefunden werden konnte, habe ich diesen Vorschlag unverzüglich aufgegriffen, um unser gemeinsames Anliegen, den wichtigen Vollzugsstandort Bamberg zu erhalten und

den dringend erforderlichen Ersatzneubau der dortigen Justizvollzugsanstalt zu realisieren, nicht durch weitere Verzögerungen beim Grundstückserwerb eventuell zu gefährden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich insoweit auch in Ihrem Sinne gehandelt habe und Sie das Vorhaben gleichwohl auch weiterhin so konstruktiv begleiten. Entscheidend erscheint mir, dass der Justizstandort Bamberg insgesamt durch das geplante Vorhaben gestärkt wird. Der Großraum Bamberg würde jedenfalls ganz erheblich von den staatlichen Investitionen für Bau und Unterhalt der neuen Justizvollzugsanstalt in Höhe von rd. 60 Mio. EUR sowie von den voraussichtlich etwa 140 sicheren Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst profitieren. Abschließend möchte ich aber nochmals ausdrücklich betonen, dass trotz der Erweiterung der Standortsuche auf den Landkreis hier nach wie vor ein großes Interesse an einem geeigneten Grundstück für den Ersatzneubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg auf dem Gebiet der Stadt besteht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Bausback', written in a cursive style.

Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL



Bayerisches Staatsministerium der Justiz • 80097 München

An den Landrat
des Landkreises Bamberg
Herrn Johann Kalb
Ludwigstraße 23
96052 Bamberg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom	Datum
	F2 - 5310 E - VII a - 1212/2013	22. Dezember 2015

Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg Standortsuche

Sehr geehrter Herr Landrat,

unmittelbar im Anschluss an unser geführtes Telefonat bestätige ich das große Interesse des Staatsministeriums der Justiz, den Ersatzneubau für die im Innenstadtbereich der Stadt Bamberg gelegene Justizvollzugsanstalt im Landkreis Bamberg zu errichten. Wenn es gelingt, die neue Einrichtung mit rund **275 Haftplätzen** zu realisieren, würde der Freistaat allein schon für Bau und Ausstattung etwa **60 Mio. EUR** in der Region investieren. Darüber hinaus könnten dort in Zukunft etwa **140 krisensichere Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes** geschaffen werden.

Die Suche nach einem neuen Standort für die Justizvollzugsanstalt Bamberg auf dem Gebiet der Stadt Bamberg ist bisher leider ergebnislos verlaufen. Im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Bamberg hat mir der Leiter der Justizvollzugsanstalt Bamberg mitgeteilt, dass nunmehr im Landkreis Bamberg ein geeigneter Standort für das Vorhaben gesucht werden soll. Die Stadt Bamberg wolle sich gleichwohl weiterhin konstruktiv an der Standortsuche beteiligen.

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Bamberg informiert das Staatliche Bauamt Bamberg und die Immobilien Freistaat Bayern - Regionalvertretung Oberfranken - über die neue Entwicklung betreffend die Verlagerung der Standortsuche in den Landkreis Bamberg.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie unserem Anliegen aufgeschlossen gegenüber stehen und ich auf die Unterstützung des Landkreises Bamberg bei der Umsetzung dieses bedeutsamen strafvollzuglichen und strukturpolitischen Vorhabens zählen könnte.

Im Hinblick auf die Abstimmung des weiteren Vorgehens stehen die zuständigen Mitarbeiter meines Hauses gerne - auch sehr zeitnah - für eine gemeinsame Besprechung mit den Vertretern der weiteren beteiligten Stellen zur Verfügung.

Frau Staatsministerin Melanie Huml, MdL, Herr Abgeordneter Heinrich Rudrof, MdL, der Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, die Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, die Immobilien Freistaat Bayern - Regionalvertretung Oberfranken - und der Leiter der Justizvollzugsanstalt Bamberg erhalten jeweils einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL